

Wahlprüfsteine

Berlin-Projekt

1.)

Aktuell informierte sich im Bundestag der Kulturausschuss über die prekäre Lage der KünstlerInnen. Nun ist die Kultur in erster Linie eine Angelegenheit des jeweiligen Bundeslands. Gibt es Handlungsvorstellungen für äußerst prekäre Lage der Kulturschaffenden an der Basis? Welches Programm gibt es für die Berliner freie Kulturszene?

Die prekäre Lage vieler Künstlerinnen und Künstler ist uns bewusst. Allerdings sehen wir hier keinen Handlungsbedarf, der über bestehende Programme und Fördermöglichkeiten des Landes Berlins hinausgeht. Die Struktur der Fördersäulen und deren Finanzierung hat sich bewährt, hingegen muss die Forderung „Fördern *und* Fordern“ in Zeiten der Schuldenbremse Doppelförderungen verhindern und vor allem im Bereich der Bildenden Kunst die Vergabe von Ateliers an regelmäßige Leistungsnachweise knüpfen. Die prekäre Lebenssituation vieler Kunstschaffender kann nach liberalem Verständnis nicht durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als vielmehr durch konsequente Qualifizierung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse, spezifischen Mikrokrediten und professioneller Netzwerkbildung entscheidend verbessert werden.

2.)

Die Berufsverbände LAFT Berlin, Tanzbüro Berlin, TanzRaumBerlin Netzwerk und ZTB fordern nun bei öffentlichen geförderten Produktionen eine Honoraruntergrenze von monatlich 2000,00 Euro. Wie ist Ihre Position?

Wir lehnen eine solche Honorargrenze ebenso ab wie einen staatlich garantierten Mindestlohn in anderen Branchen.

3.)

Um die Honorare und den Bedarf für freie Projekte angemessen zu erhöhen, müsste auch der Berliner Etat für diese Fördertöpfe wesentlich erhöht werden. Der Rat für Künste Berlin schlägt eine Erhöhung des Etats von 3 % vor, die neben der Kulturellen Bildung und Migration, freien Projekten zugutekommen soll. Wie ist Ihre Position?

Diese Forderung kann der Rat für Künste selbstverständlich erheben. Eine Realisierbarkeit dieser Forderung sehen wir angesichts der Haushaltslage des Landes Berlin für die Jahre 2012 und 2013 allerdings nicht.

4.)

Die Auswertung der Kommentare der o.g. Studie ergaben zu Förderungen folgende Kritikpunkte: mehr Förderung an der kulturellen Basis in allen Sparten und für verschiedene Produktionsformen; Problem der Recherche- und Konzeptionszeit, die vor Antragstellung stattfinden muss und damit nicht honoriert wird; Forderung nach jährlich wechselnden Jurys; transparente Jury- Entscheidungen mit inhaltlich begründeten Ablehnungen; auch genannt wurde natürlich das Problem der Kontinuität bzw. der Entwicklung der Arbeit, etwas was wahrscheinlich mehr KünstlerInnen betrifft als freie Gruppen oder Spielstätten, die hier über weitergehende Förderinstrumente verfügen. Gibt es hier zu Handlungsideen?

Siehe die Antwort zu Frage 1.

Zum Problem Juryentscheide: Das jetzige Modell der Jurierung haben wir Liberale mitgetragen und halten es auch weiterhin für das transparenteste und objektivste Modell, da es auf der Basis reiner Fachentscheidungen politischer Einflussnahme vorbeugt. Ablehnungen schriftlich gegenüber den Antragstellern zu begründen würde angesichts der Antragsflut in den einzelnen Fördersäulen die jeweiligen Jurys über Gebühr belasten. Eine jährliche Neubesetzung ist schon aufgrund des relativ begrenzten fachlich-qualifizierten Personals problematisch.

5.)

An den freien Fördertöpfen Hauptstadtkulturfonds und Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung beantragen neben KünstlerInnen und Gruppen auch Institutionen und Organisationen. Diese werden teilweise schon mit öffentlichen Mitteln oder über andere Strukturen gefördert und bringen eine eigene Infrastruktur mit. Kann hier über eine Quote für die frei arbeitenden KünstlerInnen und Künstlerinitiativen eine Chancengleichheit hergestellt werden?

Nein, denn die genannten Institutionen vergeben ihre Förderungen in Kenntnis der jeweiligen Fördersituation der Antragsteller nach *qualitativen* Kriterien.

6.)

Bei Förderanträgen wird, zwar nicht verpflichtend, die Eigenmittel abgefragt. Kulturschaffende sollten außer den Ressourcen für die Antragstellung keinen weiteren Beitrag leisten, da sie gar nicht über die finanzielle Infrastruktur verfügen. Es sollte vielmehr möglich sein, die Bereitstellung eigener Technik zu vergüten.

Wie lautet hier Ihre Frage? Die Eigenmittel anzugeben, ist eine Selbstverständlichkeit, da es um die Bewilligung öffentlicher Mittel geht. Das gilt auch für die Erstattung des technischen Equipments, das für einen Förderantrag aufgewendet wird. Wenn diese Aufwendungen vergütungspflichtig wären, würden logischerweise die Förderungssummen anteilig reduziert.

7.)

Mit der Abschaffung der sozialen Künstlerförderung 2004 hat sich die Förderung der kulturellen Basis drastisch reduziert. Diese Situation könnte durch die Schaffung von Arbeitsstipendien für alle Sparten aufgefangen werden.

Es gibt Stipendien. Und die Abschaffung der Sozialen Künstlerförderung war richtig, da künstlerische Tätigkeit nach künstlerischen Kriterien gefördert werden soll und nicht nach sozialen.

8.)

Der Rat für Künste empfiehlt für die Arbeit an der kulturellen Basis in den Bezirken, die Verabschiedung eines Bezirkskulturgesetzes, dass die Stadtteilkultur als Pflichtaufgabe vorgibt, sowie Bezirkskulturförderstrukturen und als weiteres Instrument einen überbezirklichen Projektfonds für die dezentrale Kulturarbeit.

Wir unterstützen diese Forderungen nicht. Sie brächten inhaltlich nichts Neues außer einem bürokratischen Mehraufwand, der die politischen Strukturen in Land und Bezirken intransparenter und schwerfälliger machte. Wahrscheinlich zu Lasten der Freien Szene.

9.)

Die Aufnahme der Kultur als Staatsziel in der Verfassung ist bislang nicht zustande gekommen. Eine Kulturstaatlichkeit, die Förderung von Kultur und Bildung, wäre ein Meilenstein, auch wenn sie erst einmal auf Landesebene festgeschrieben wird.

Das würde an den jetzigen Gegebenheiten nichts ändern. In allen Bereichen von Kultur und Bildung sind Staat und Länder – zu Recht - politisch in der Pflicht, wobei die Kulturhoheit der Länder zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen führen kann. Diese föderalen Besonderheiten blieben in jedem Fall erhalten. Hemmnis für die Kultur stellt nicht die fehlende Verankerung im Grundgesetz dar, sondern die (immer) beschränkten Haushaltsmittel. Der Kuchen ist klein und der Kuchen kann nur einmal verteilt werden.

10.)

Vom kreativen Image Berlins profitieren eher die Branchen Tourismus, Gastronomie und Immobilienbranche. Für die KünstlerInnen bedeutet dies vor allem, dass günstiger Wohnraum, Ateliers und Projekträume werden knapp werden und die Lebenshaltungskosten steigen. Wie kann hier ein Interessensausgleich aussehen?

Das kreative Image Berlins beruht auch auf der künstlerischen Szene der Hauptstadt und nicht nur, wie von Ihnen behauptet, auf deren Vermarktung. Berlin ist ja nicht zum ‚Melting Pot‘ für die internationale Szene geworden, weil hier der Tourismus boomt, sondern weil hier gute bis sehr gute Lebens- und Arbeitsbedingungen und kulturelle Dynamik geboten werden.

Deshalb sehen wir Liberale für einen „Interessenausgleich“ keinerlei Anhaltspunkt, der über die bestehenden Förderungen hinausginge.

11.)

Die Bedeutung von Hartz IV für die Kunstschaftenden wurde eingangs skizziert. Wie ist Ihre Position zu Hartz IV?

Wir befürworten die Hartz-Reformen. Eine soziale Notlage von Arbeitssuchenden und Arbeitenden, die nicht in der Lage sind, durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, muss mit allen politischen Mitteln verhindert werden. Künstlerisch Tätige nehmen hierbei keine Sonderrolle ein.

12.)

In der Studie des Fonds Darstellende Künste wurde überdurchschnittlich oft das Grundeinkommen als Lösungsansatz benannt. Die ehemalige Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Adrienne Goehler setzt sich gleichfalls dafür ein. Unter welchen Voraussetzungen kann es das bedingungslose Grundeinkommen geben?

Die FDP hält das Modell eines bedingungslosen, aber auskömmlichen Grundeinkommens für nicht finanzierbar.

13.)

Vor einiger Zeit wurde in der Presse über die hohe berufliche Aussichtslosigkeit der Promovenden aufgrund der Stellenstreichungen an den Universitäten berichtet. Gleiches kann für die AbsolventInnen der Kunsthochschulen gelten, hoch qualifiziert finden sie keine Arbeit, weil es keine gibt. Beschäftigungsprogramme für Kulturschaffende werden mit 1€ Jobs und Instrumenten wie dem ÖBS in den dritten Arbeitsmarkt verlegt. Die Wertschätzung der Kunst als gesellschaftliche Faktor und ihre Rolle als Zukunftsressource findet bislang eher nominell statt. Die investive Wirkung der Kultur im Wirtschaftskreislauf wird verkannt. Unter dem Stichwort „neue“ Arbeit geht es die Schaffung qualitativer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Gibt es hier in Berlin kultur- und beschäftigungspolitisch Lösungsansätze?

Wir lehnen steuernde Eingriffe in den Arbeitsmarkt ab. Auch andere hochqualifizierte Akademiker finden keine Arbeit und sind, wie alle anderen Berufssparten auch, auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen. So bitter das ist: Politik kann keine Karrieren garantieren. Hier kann es auch keine Lösungen, hier kann es nur politische Anreize und Hilfestellungen geben. Zur individuellen Perspektive: Siehe Antwort zu Frage 1.

14.)

Auch in der Bildung werden aufgrund von Sparmaßnahmen wichtige Investitionen nicht in dem Umfang des eigentlichen Bedarfs getätigt. Die Kulturelle Bildung gilt als wichtiges Instrument in der Bildungspolitik. Hierzu werden bislang nur im Kulturhaushalt dezidiert Mittel in Höhe von 2 Millionen bereitgestellt.

Einmal entwickelte Projekte lassen sich mit diesem Förderinstrument kein zweites Mal mehr umsetzen. Müsste daher nicht auch die Bildung mit einem weitaus größeren Etat auch explizit Mittel an den Schulen hierfür bereitstellen, damit das Programm der Kulturellen Bildung flächendeckend umgesetzt werden kann und es für KünstlerInnen möglich ist, die Projekte mehrmals durchzuführen? In einer „Schule für alle“ werden zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote notwendig. Auch in der Jugend- und Sozialarbeit könnten künstlerische Mittel ein Teil einer Lösungsstrategie sein.

Selbstverständlich müsste der Etat für den Bildungsbereich und speziell für die kulturelle Bildung höher sein, keine Frage. Einem Gesamtkonzept Kulturelle Bildung für alle Altersstufen mit dem Schwerpunkt einer Vernetzung der Akteure und Angebote stehen wir positiv gegenüber. Das Konzept zur Kulturellen Bildung fordert ja die Vernetzung bereits verbindlich, aber die Umsetzung dieses Rahmenkonzeptes ist mangelhaft: Hier fehlt es an Stringenz und politischem Durchsetzungswillen. Vor allem die Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen und Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern in die schulische Arbeit muss verbessert werden.

Das Leitbild liberaler Bildungspolitik ist der Aufstieg durch Bildung. Kulturelle Bildung – und hierzu gehört die kulturelle Bildung – ist wahre Integrationspolitik. Erworbene Schlüsselkompetenzen ermöglichen Teilhabe. Deshalb wollen wir den freien Zugang zu allen Bildungsinstitutionen sichern. Die Finanzierung von Musikschulen wollen wir über Gutscheine ermöglichen, die auch Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern und Kindern

mit Migrationshintergrund eine Teilhabe erlaubt. Überdies entsteht eine finanzielle Unabhängigkeit der Schulen von den Bezirkshaushalten.

15.)

In Berlin muss wegen der Schuldenbremse bis 2020 der jährliche Ausgabenanstieg auf 0,3 Prozent begrenzt werden. Wie soll das umgesetzt und wo sollen die Einsparungen vorgenommen werden?

In allen Bereichen müssen Einsparungen erfolgen. Insofern ist der Haushaltsentwurf für 2012/2013, den die Regierungskoalition vorgelegt hat, schon jetzt Makulatur.